

Unseren Stoffwechsel mit der Natur auf ein Minimum beschränken

Die Enquete-Kommission als Ausgangspunkt für den gesellschaftlichen Wandel

Die Enquete-Kommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg von grünen Indikatoren und neuen Wohlstandsmodellen hin zu konkreten gesellschaftlichen Veränderungen.

Von Hermann Ott

Was kann so eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages schon bringen? Da besteht doch nur die Hoffnung, dass nicht alle permanent aneinander vorbeireden und dass nicht alles in den Schubladen verschwindet, was geschrieben wird...

Aber halt, so einfach ist es nicht! Tatsächlich gab es Enquete-Kommissionen, die großen Einfluss auf die Politik genommen haben – am stärksten vielleicht die erste Klima-Enquete 1990, deren im Konsens angenommener Bericht die Grundlage für die Klimapolitik der letzten 20 Jahre in Deutschland war. Diese Wirkung wird die Wachstums-Enquete sicherlich nicht entfalten, dagegen spricht die politische Großwetterlage. Aber auch die Energiewende hat 40 Jahre gebraucht, bis sie im Mainstream angekommen war – durch unzählige Konferenzen, Kommissionen, Demonstrationen, wissenschaftliche Arbeiten und Geduld, Geduld, Geduld. Dass wir keine vier Jahrzehnte Zeit haben für die Wende, lasse ich jetzt außer Acht, damit der Fortgang der Gedanken keinen Schaden nimmt...

Meine eigenen Erwartungen an die Enquete-Kommission waren von Anfang an moderat: 1. Sie sollte die Problemlage eines ungezügelten wirtschaftlichen Wachstums ins Bewusstsein bringen – im Parlament, in den Parteien und in der Gesellschaft. 2. Es sollte möglich sein, ein paar kleinere Schraubchen zu drehen, um dem „Wachstumswang“ etwas von seiner Wucht zu nehmen. Und 3. Die Enquete-Kommission sollte die offenen Fragen aufzeigen, den Forschungsbedarf auflisten, andeuten, in welche Richtung wir weitersuchen müssen.

Problemlage

Die Enquete-Kommission befasst sich im Kern mit den grundlegenden Fragen der Vereinbarkeit unserer Zivilisation mit dem System „Erde“. Und tatsächlich ist es den Mitgliedern der Kommission gelungen, ein gemeinsames Problembewusstsein

für einige Herausforderungen zu entwickeln. Sachverständige und Politiker(innen) aller Parteien haben in dieser Form der Zusammenarbeit ihr Verständnis erweitert, voneinander gelernt und ein Bewusstsein für die dringlichsten Probleme des Wachstumsdilemmas entwickelt. In diesem Sinne ist die Enquete-Kommission eine recht geglückte Form der gesellschaftlich-parlamentarischen Lösungssuche – wenn die Beteiligten von dem Wunsch nach Erkenntnis getragen werden. Dem sind nicht alle Debatten und Auseinandersetzungen immer gerecht geworden, aber doch mehr als vermutet.

Die wichtigste gemeinsame Erkenntnis: dass die Grenze der Tragfähigkeit unseres Planeten auch die Grenze unseres Handelns markiert. Mit diesem Postulat ist eine Basis geschaffen, die eine fruchtbare Arbeit der Kommission ermöglicht. In der von mir geleiteten Projektgruppe zur Entkopplung von Ressourcenverbrauch vom Wirtschaften wurde zur Ermittlung dieser Grenzen der Ansatz der planetaren Grenzen von Rockström et al. (Nature 2009) zugrunde gelegt und von der gesamten Kommission gebilligt. Demzufolge sind die ökologischen Grenzen in drei Bereichen schon überschritten (Klima, Biodiversität, Nitratkreislauf) und in anderen Bereichen nah dran. Die Folge: Diese Belastung muss reduziert werden.

Zweite gemeinsame Basis: Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) kann und sollte niemals ein Ziel der Politik sein, sondern höchstens Mittel. Das war das klare Ergebnis einer Sitzung, in der es ziemlich hoch herging. Vielfach wurde deutlich, dass die eigentlichen Ziele, wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wohlstand (!), Teilhabe oder Glück, durch den Fokus auf das Wachstum des BIP vernachlässigt wurden oder dieser Fokus den Zielen sogar im Wege steht. Wir Grünen-Abgeordnete in der Enquete-Kommission gehen noch einen Schritt weiter und sagen: Es gibt keinen unmittelbaren, gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und substantiellen Zielen wie Lebensqualität, Sicherheit und einer intakten Umwelt. Deshalb kann es als Ziel, aber auch als Mittel ignoriert werden und muss durch politische Ziele ersetzt werden. Die Wirkung dieser Politik auf das BIP ist dann ein Faktum unter anderen, nicht mehr.

Inwieweit diese gemeinsame Basis für Handlungsempfehlungen trägt, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Aber es ist deutlich geworden, dass zumindest in der Analyse der Situation ein relativ großer Konsens besteht, der auch in die Gesellschaft hineinwirken sollte. Es ist bisher noch nicht abzuschätzen, wie stark die Arbeit der Enquete-Kommission in der Gesellschaft wahrgenommen wird. Doch ich nehme an vielen Veranstaltungen teil, und diese sind voll! →

Ein paar Schraubchen drehen

Es sollte der Kommission gelingen, Empfehlungen für eine Abmilderung des Wachstumszwangs abzugeben. Idealerweise könnten einige Empfehlungen dahin zielen, unsere Arbeits- und Sozialgesetzgebung von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts abzukoppeln. Doch das ist vermutlich zu groß gedacht. Ein erster Schritt dahin wäre schon die Abwendung vom Fetisch „BIP“, welches neben der Arbeitslosenquote praktisch zum alleinigen Indikator für den Erfolg einer Regierung geworden ist. Dennoch kann die Antwort auf einen Wachstumsfetisch kein Anti-Fetisch sein – es kann also nicht darum gehen, jetzt ein Nullwachstum, Schrumpfung oder Decroissance anzustreben. Denn damit begibt man sich auf eine rein symbolische Ebene. Genauso wie es kein Ziel der Politik sein kann, einen Indikator zu steigern, kann es auch nicht ihr Ziel sein, diesen Indikator zu verringern oder konstant zu halten. Aus dieser Erkenntnis heraus muss die Enquete-Kommission es schaffen, sich von diesem Fokus zu lösen und gemeinsam eine neues Modell oder gar eine neue Idee von Wohlstand und Lebensqualität zu entwickeln, welche die Grenzen unseres Planeten respektiert und dem Menschen ermöglicht, ein würdiges, selbstbestimmtes Leben zu führen.

Ein Schritt dahin wäre es, wenn die Kommission es schafft ein Indikatorenmodell zu entwickeln, das diese neuen Erkenntnisse widerspiegelt. Ein gelungenes Indikatorenmodell stellt die Bereiche Ökologie, Soziales und Wirtschaft auf eine Ebene und deckt die Zielkonflikte zwischen ihnen auf. Regelmäßig veröffentlicht und ausgiebig diskutiert hätte dieses zur Folge, dass die Regierungen sich in Zukunft an ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Performance gleichermaßen messen lassen müssen. Diese Zielkonflikte können dann nicht länger „übersehen“ werden und müssen sich in konkretem politischem Handeln widerspiegeln. Wir Grüne befürworten auch die Aufnahme eines qualitativen Indikators wie „Glück“ oder „Zufriedenheit“. Dies wird vom Gallup Institute seit vielen Jahren und in vielen Ländern der Erde gemacht, in Deutschland gibt es die Daten des DIW. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil eines solchen Indikators ist die Aufmerksamkeit die er erregt – das interessiert die Menschen! Und ein stagnierender Glücksindikator bei steigendem BIP würde doch einiges Nachdenken hervorrufen.

Weitere kleine Schraubchen lassen sich im Wirtschaftsverfassungsrecht finden, etwa in den Regeln über Aktiengesellschaften oder im Wettbewerbsrecht, wo der Fokus auf kurzfristigen ökonomischen Gewinnen liegt und das Langfristige, Nachhaltige ein Schattendasein führt.

Eine andere Schraube könnte an der notwendigen absoluten Reduktion unseres Umwelt- und Ressourcenverbrauchs ansetzen. Ein Ergebnis unserer Arbeit ist, dass eine reine Effizienzstrategie aufgrund des sogenannten Rebound-Effekts nicht zielführend ist. Denn Effizienzsteigerungen führen bei gleichbleibenden Preisen aufgrund veränderten Nutzerverhaltens oder Systemverschiebungen oft zu Mehrverbrauch, der die

Einsparungen zum Teil kompensiert oder sogar neutralisiert. Durch die Anerkennung dieses Rebound-Effekts wird klar, dass sich Umwelt- und Ressourcenprobleme nicht allein mit dem Vertrauen auf neue Technologien lösen lassen. Damit technologische Entwicklungen zu weniger Verbrauch führen, muss es wirtschaftliche, soziale und kulturelle Innovationen geben. Lösungsansätze bieten ökonomische Prozesse, die als System geschlossener Kreisläufe funktionieren (Stichwort: Konsistenz). Darüber hinaus stellt sich die Frage nach „dem richtigen Maß“, also welche Lebensstile und Werthaltungen unsere Gesellschaft vermittelt (Stichwort: Suffizienz).

Offene Fragen

Schließlich sollte die Enquete-Kommission diejenigen Fragen formulieren, denen sich Politik und Gesellschaft in den kommenden Jahren zuwenden sollten. Ob und wie eine globale Wirtschaft gedacht werden kann, die ein materielles Auskommen für alle Menschen auf dieser Erde garantiert und gleichzeitig einen erheblich geringeren Stoffwechsel mit der Natur erfordert; wie die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Schrumpfungsprozesse gestaltet werden können; wie die verschiedenen Formen der Arbeit (Erwerb, Familie, Ehrenamt etc.) besser in Einklang gebracht werden können; wie unsere Sozialversicherungssysteme krisenfest organisiert werden können.

Fazit

Die vor uns liegenden Herausforderungen einer ökologisch-sozialen Transformation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft sind gewaltig. Es wird darum gehen, unseren Stoffwechsel mit der Natur auf ein Minimum zu beschränken, damit unser Planet eine freundliche Heimat für die Spezies Mensch bleibt. Dieser Prozess ist oft verglichen worden mit einer erneuten industriellen Revolution – nur viel schneller und vor allem zielgerichtet, gesteuert. Die Enquete-Kommission Wachstum des Deutschen Bundestages wird dazu hoffentlich einen kleinen Beitrag leisten. Absolut unzureichend – aber auch absolut notwendig.

Literatur

Rockström et al. (2009): A Safe Operating Space for Humanity. In: Nature 46, 2009. S. 472-475.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Hermann E. Ott ist Mitglied des Bundestages für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 22778026

E-Mail: hermann.ott@bundestag.de



Copyright © 2012, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).